



© APA/AFP/John MacDougall

der einzige Konzern. 2000 lief das Patent auf Glyphosat aus, seitdem wird es weltweit von zahlreichen Firmen angeboten. Allein in Deutschland gibt es laut des deutschen Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BfL) 37 Mittel, vertrieben von 105 Handelsunternehmen.

Schulterschluss zum Verbot

Umweltschutzorganisationen, darunter Greenpeace und Global 2000, kritisieren die Aufhebung des Verbots vehement. Mit der Begründung, dass keine „objektive und transparente Bewertung der gesundheitlichen Risiken von Glyphosat“ vorgenommen wurde, erstatteten EU-weit Umweltschutzorganisationen sogar eine Strafanzeige gegen die EFSA und das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR).

Lebensmittelkonzerne wie Spar oder Produzenten wie die Berglandmilch kündigen eine „Verbannung“ des Herbizids aus ihren Eigenmarken bzw. ihren Produkten an. Vertreter der

Politik fordern einen Glyphosat-Ausstiegplan der Bundesregierung; rechtlich ist das möglich. Nachzulesen ist das auch auf der Website der EFSA. Ein Mitziehen der Zulassung ist kein Muss.

Trotz EU-weiter Zulassung ist also ein nationales Verbot von glyphosathaltigen Stoffen möglich. Von diesem Recht wird nun vielleicht Gebrauch gemacht. Länder wie Salzburg, Burgenland und Kärnten haben zu Be-

ginn der Woche bereits einen Ausstieg angekündigt. Unter den politischen Vertretern herrscht indes noch Uneinigkeit. Die einen (SPÖ und Liste Pilz) sind für ein sofortiges Verbot, die anderen (FPÖ, ÖVP und Neos) für einen „schrittweisen Ausstieg“.

Rechtliche Stolpersteine

Konservative Stimmen halten gegen ein nationales Verbot auch rechtliche Unzulänglichkeiten. Denn in Österreich kommt Glyphosat nur in äußerst kleinen Mengen vor. Auch die AGES gibt an, dass 95% der Lebensmittelproben von in- und ausländischer Ware frei von Glyphosat seien, die restlichen 5% hätten Rückstände unter den gesetzlichen Grenzwerten.

Ein Verbot, so heißt es in einem Artikel des *Kurier*, habe keine rechtliche Grundlage. Doch was ist mit den Pestizid-Spuren, darunter auch Glyphosat, die in Brot, Mehl, Bier, Grün- und Schwarztee gefunden wurden? Global 2000 veröffentlichte lang vor der Abstimmung über die Zulassung

Statements des LEH

Lidl

Der Lebensmitteldiskounter kommentiert den Beschluss selbst nicht, gibt aber an, eine „Reduzierung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln durch die Erzeuger“ festgelegt zu haben. Diese beinhalte auch Glyphosat.

Rewe Group

Rewe mit Penny, Merkur und Billa steht „grundsätzlich für die Reduktion von Pestiziden bzw. für den vollständigen Ausstieg, wo möglich“. Der Händler ist zudem seit 15 Jahren Partner des Reduktionsprogramms von Global 2000.

mehrere Lebensmitteltests mit Spuren von Pestiziden. Sie seien zwar nicht direkt gesundheitsgefährdend, allerdings zeigt es eine „steigende Präsenz des Gifts sogar in Grundnahrungsmitteln“, so Waltraud Nowak von Global 2000. Glyphosat sei zudem schwer nachzuweisen und teuer; in Routinekontrollen kämen Stichproben oft nicht vor.

Was kostet die Gesundheit?

Solche Tests müssten allerdings bei einem Verbot von Glyphosat in Österreich zur Norm und importierte Lebensmittel regelmäßig kontrolliert werden. Andernfalls bedeutet es einen Wettbewerbsnachteil für die heimische Landwirtschaft. Doch in beiden Fällen könnte es den Aufwand wert sein, so wie auch die Kosten einer Umstellung auf Alternativen zu Glyphosat. Sollten es tatsächlich „nur“ fünf Prozent der Lebensmittel sein, die mit Glyphosat in Kontakt kommen, dürfte sich der Aufwand in Grenzen halten.



Die Nutzung des umstrittenen Glyphosats ist seit 2002 in der EU erlaubt.

© AFP/Philippe Huguen